

2. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Landrat Söllner,  
Sehr geehrte Frau Flauder,  
sehr geehrter Herr Kunstmann,  
sehr geehrter Herr Schaar,  
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte des Landkreises Kulmbach,

als Helferkreis haben wir den jungen Afghanen Mohammad Zaki Sharifi unterstützt, der nach Kabul abgeschoben wurde, mit einem Ausbildungsvisum zurückgekommen ist und nun endlich seine Lehre in Thurnau beginnen konnte. Von der Beantragung des Termins bei der Deutschen Botschaft in New Delhi bis zur Einreise nach Deutschland hat es trotz großer Unterstützung von unserer Seite fast anderthalb Jahre gedauert. Anderthalb Jahre, in denen sich der junge Mann verstecken und verstellen musste, um zu überleben und in denen er trotzdem jeden Tag Gefahr lief, Opfer von Terror und Gewalt zu werden. Afghanistan ist - nun schon zum zweiten Mal in Folge - das gefährlichste Land der Welt mit den meisten zivilen Toten bei Konflikten. In den letzten Monaten hat die Gewalt nur noch zugenommen.

Nun sind zwei seiner Freunde von Abschiebung bedroht. Razaq Yar und Fahim Hosseini kamen 2015 als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Kulmbach. Zwei Jahre später machten sie ihren Schulabschluss. Ihre Anträge auf Ausbildungsgenehmigung wurden abgelehnt und die zwischenzeitliche Beschäftigungserlaubnis ihnen wieder entzogen. Ihr Asylverfahren ist negativ beendet.

Die Familie von Razaq Yar lebt nicht in Afghanistan. Seine Eltern und Geschwister sind nach Tadschikistan geflohen, der Vater an den Folgen eines Anschlages der Taliban verstorben. Die nächsten Angehörigen von Fahim Hosseini sind in den Iran geflohen, von dort wieder abgeschoben worden und stehen jetzt in Afghanistan vor dem völligen Nichts.

Angesichts Millionen Hungernder in Afghanistan und angesichts der sich durch Corona noch einmal verschlechternden ökonomischen Situation ist für Rückkehrer ohne unterstützungswilliges und -fähiges familiäres Netzwerk kein Überleben möglich. Das zeigt die Erfahrung, die Zaki Sharifi in Kabul machen musste, das belegt aber auch ein aktuelles Gutachten ("Auswirkungen der COVID 19 Pandemie auf die Lage in Afghanistan" von Eva-Catharina Schwörer für den VGH in Baden-Württemberg). Dazu kommt, dass Rückkehrer aus Europa mit dem Stigma des Verräters behaftet sind und verfolgt werden. Bei einer Abschiebung nach Afghanistan drohen Razaq Yar und Fahim Hosseini Verelendung, Hunger, Gewalt und Krankheit. Aus eigener Kraft werden sie sich aus dieser Situation nicht befreien können, auf Unterstützung vor Ort können sie nicht zählen. Uns - die wir diese beiden völlig integeren jungen Männer als ihre ehemaligen LehrerInnen und BetreuerInnen kennen - ist das nicht egal.

In der jetzigen Zeit wird viel über Solidarität gesprochen: „Wir halten zusammen.“ Weil aber weiter Menschen in ein Hochrisikoland mit einem am Boden liegenden Gesundheitssystem abgeschoben werden, fragen wir uns, wer ist wir? Razaq Yar hat in einem Altenheim als Helfer gearbeitet, war bei BewohnerInnen und KollegInnen sehr geschätzt und hätte in den schlimmen Wochen, als viele BewohnerInnen infiziert waren, gute Hilfe leisten können.

Stattdessen saß er mit Beschäftigungsverbot in seiner Gemeinschaftsunterkunft, während über die Medien händeringend nach Hilfwilligen gesucht wurde.

Fahim Hosseini verfügt über exzellente Deutschkenntnisse und einen qualifizierenden Hauptschulabschluss; er möchte eine Ausbildung zum Hauswirtschaftler beginnen. Er hat seine Fähigkeiten schon in einem Kulmbacher Restaurant unter Beweis stellen können und auch mit sozialen Kompetenzen in einem Praktikum in einem Seniorenwohnheim überzeugt. Einen Ausbildungsplatz bei der AWO hat er sicher.

Niemand, der auf der Seite des Auswärtigen Amtes die Reisewarnungen zu Afghanistan liest, würde unter solchen Umständen freiwillig in das Land fahren. Den beiden jungen Männern aber wurde eine freiwillige Ausreise nahegelegt und die Abschiebung angedroht.

Die Kosten einer Abschiebung sind sehr hoch. Dazu kommen alle Ausgaben für Bildung und Betreuung, die bereits geleistet wurden und die durch die Abschiebung verloren wären. Dem gegenüber steht der Gewinn, den wir von der Integration der beiden in unseren Arbeitsmarkt hätten.

Wir haben für Razaq Yar und für Fahim Hosseini beim Landtag Petitionen eingereicht, die von fast 30 000 Menschen unterstützt und begleitet werden. Doch wir machen uns große Sorgen und wenden uns deshalb mit diesem offenen Brief an Sie. Bitte helfen Sie als politische VertreterInnen des Landkreises, in denen sich die beiden zu Hause fühlen. Helfen Sie mit Ihrem Einfluss und Ihren politischen Kontakten, dass beide ihre Ausbildungen beginnen können. Sie könnten, wenn die ZAB ihre Erlaubnis geben würde, dann ein Ausbildungsvisum an der Deutschen Botschaft in Neu Dehli beantragen und nach der Corona-Epidemie dort abholen. In mehreren anderen Fällen war dies bereits möglich. Es liegt in unser aller Verantwortung, diesen zwei jungen Menschen eine Chance zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Fischer für den Helferkreis Mohammad Zaki Kulmbach

Hans-Georg Friedmann für Amnesty International Kulmbach

Diesen Brief werden wir auf der Seite unserer Petition für Razaq Yar bei der Plattform Change.org einstellen. Man findet diese Seite unter dem Titel: „Erlauben Sie Razaq Yar, die Ausbildung zum Altenpflegehelfer zu beginnen!“